



KLIMASCHUTZGESETZ

18.06.2010, 15:48

Bund und Länder erzielen wichtigen Durchbruch



Bund und Länder haben sich am Freitag auf eine Grundsatzvereinbarung über ein Klimaschutzgesetz geeinigt. Umweltminister Niki Berlakovich, der mit einem neuen Vorschlag in die Verhandlungen gegangen war, bezeichnete die Übereinkunft als "historischen Durchbruch". Nun sollen Detailverhandlungen über das Gesetz aufgenommen werden. Mit der legislatischen Umsetzung rechnet Berlakovich bis zum Herbst.

Kernpunkte der erzielten Vereinbarung sind, dass sich die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern grundsätzlich nicht verschieben und die Länder keine finanziellen Konsequenzen bei Nichterreichen des Kyoto-Zieles in der Periode 2008 bis 2012 tragen müssen. Weiters wurde festgehalten, dass die Aufteilung der Emissionshöchstmengen für die Verpflichtungsperiode 2013 bis 2020 sowie die Ausarbeitung der Maßnahmen zwischen Bund und Ländern in einer 15a-Vereinbarung separat ausverhandelt wird. Diese Aufteilung soll im Bundesklimaschutzgesetz verankert werden.

INFOBOX

Niki Berlakovich:
"Klimaschutz ist wie Zähneputzen"

Das Bundesklimaschutzgesetz soll weiters Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen definieren, deren konkrete Umsetzung den zuständigen Gebietskörperschaften obliegt. "Das ist ein weiterer Meilenstein nach dem Immissionsschutzgesetz Luft", meinte Berlakovich.

SPÖ reagiert positiv auf Verhandlungsergebnis
Der Koalitionspartner SPÖ reagierte positiv auf das Verhandlungsergebnis. "Zeit wird's", meinte SP-Umweltsprecherin Petra Bayr am Freitag. Sie hoffe auf ein Gesetz mit Biss, "mit dem es gelingt, die lange bestehende Klimastrategie auch wirklich umzusetzen. Das wäre das ein wichtiger Schritt, Österreichs bisher sehr zauderliche Klimapolitik zu überwinden", so Bayr. Wichtig sei ein Entwurf, "der hoffentlich klare Verantwortlichkeiten, Maßnahmen, Budgets und Zeitrahmen vorsieht".

Die SP-Sprecherin forderte weitere Maßnahmen wie Anreize zur Förderung der thermischen Sanierung und eine "substanzielle Erhöhung" der Umweltförderung.

Global 2000: "Es ist höchst an der Zeit"

Die Umweltschutzorganisation Global 2000 begrüßte die Einigung zwischen Bund und Ländern. "Es ist höchst an der Zeit, dass auch Österreich ein Gesetz hat, das sicherstellt, dass die internationalen Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen eingehalten werden. Nach jahrelangem Bemühen, eine Einigung zwischen Bund und Ländern voranzutreiben, ist das auch ein Erfolg für die Global-2000-Klimaschutzkampagne", meinte Global-2000-Geschäftsführer Klaus Kastenhofer.

Für das BZÖ ist die Einigung auf ein Klimaschutzgesetz demgegenüber "eine Nullmeldung". Alles bleibe so, wie gehabt, erklärte BZÖ-Umweltsprecher. Das Klimaschutzgesetz müsse "in einem Atemzug mit der ziellosen Energiestrategie der Bundesregierung" genannt werden: "Ein Klimaschutzgesetz macht nur dann Sinn, wenn es CO₂-Einsparungen ausschließlich im Inland vorsieht und ein Ausstieg Österreichs aus dem internationalen Emissionshandel festgeschrieben wird."

Auch Immissionsschutzgesetz war Thema
Neben der Grundsatzeinigung auf ein Klimaschutzgesetz war das Immissionsschutzgesetz Luft (kurz: IG-L) Hauptthema der Konferenz der Landesumweltreferenten in Rein bei Graz. Berlakovich sprach von einer "praktikablen Lösung". Die dazugehörige Kennzeichnungsverordnung soll voraussichtlich noch heuer kommen. "Vorreiter" bei den Umweltzonen dürfte Graz spielen: Der steirische Umweltlandesrat Manfred Wegscheider geht von der Einführung der Zone per 1. Dezember 2011 aus.

Wie Berlakovich sagte, rechne er mit dem Beschluss des IG-L noch im Sommer. Die dazugehörige Kennzeichnungsverordnung, die unter anderem die Abgasklassen und die entsprechende Ausschilderung der

außerdem die Neigungsachsen und die entsprechende Auszeichnung der Autos mit farbigen Pickern vorsieht, sollte dann jedenfalls bis Ende des Jahres möglich sein. Wegscheider meinte, dass man mit diesem Zeitplan die Umsetzung der Umweltzone in großen Teilen von Graz und den südlichen Umgebungsgemeinden wie geplant Ende 2011 umsetzen können werde. Alte Diesel-Kfz sollen dann von Fahrverboten betroffen sein.